

VII. Zusammenfassung

Die Geschichte der Vorarlberger Arbeiterkammer ist deutlich in drei Abschnitte gegliedert: In der ersten Mandatsperiode zwischen 1921 und 1926 besaßen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Zwischen 1926 und 1933 stellten sie noch die stärkste Fraktion. Die beiden Gegenspieler – die christliche Gewerkschaft und der deutsche Gewerkschaftsbund – erreichten jedoch gemeinsam dieselbe Mandatszahl wie die Sozialdemokraten und vermochten daher die Vorarlberger Arbeiterkammer politisch zu neutralisieren. Von 1933 bis 1938 lag die Kammerführung als Folge des autoritären Ständestaates fast ausschließlich in den Händen von Christlichsozialen, die aber bereits in der früheren Kammer mitgearbeitet hatten. Außerdem wurde die sozialdemokratisch gesinnte Kammerbeamtenschaft größtenteils beibehalten. Dadurch konnte ein allzu großer Bruch in der kontinuierlichen Entwicklung der Kammer verhindert werden.

Die Nationalen oder Deutschvölkischen, später unter dem Namen des deutschen Gewerkschaftsbundes auftretend, kamen zwar nie über vier Mandate hinaus, spielten jedoch als offene oder stillschweigende Bündnispartner der christlichen Gewerkschaften eine bedeutende Rolle. Sie hatten anfänglich vor allem gegen den Vorwurf der Unternehmerfreundlichkeit zu kämpfen. Die Deutschvölkischen entwickelten sich in Vorarlberg aber nicht zu sogenannten „gelben“, unternehmerhörigen Werkverbänden, wie sie später durch die Heimwehr in den „Unabhängigen Gewerkschaften“ zu gründen versucht wurden. Im Land gab es nur bescheidene Ansätze in diese Richtung.

Der politische Trend in der Vorarlberger Arbeitnehmerschaft verlief nach 1926 klar zugunsten der Christlichsozialen. Dabei war es in erster Linie die Arbeiterschaft, die diese Umkehr verursachte, während die Angestelltenschaft in zunehmendem Maße mit dem deutschen Gewerkschaftsbund zu sympathisieren begann. Diesem blieb auch noch nach 1934 personell ein bescheidener Einfluß in der Arbeiterkammer erhalten. Die Zusammenarbeit der beiden großen Gewerkschaften in der Kammer kann mit wenigen Ausnahmen als gedeihlich und produktiv bezeichnet werden. Wirklich große Auseinandersetzungen gab es eigentlich nur wegen Personalangelegenheiten und der Konstituierung im Jahr 1926/1927: Denn selbst nach Verlust der absoluten Mehrheit durch die Kammerwahlen von 1926 verhinderten die freien Gewerkschaften die Anstellung nichtsozialistischer Kammerbeamter.

Im Gegensatz zum relativ friedlichen Kammeralltag entwickelten sich vor den beiden Kammerwahlen von 1921 und 1926 starke verbale Aggressionen, wobei die Christlichsozialen deutlich in der Offensive waren. Der Wahlkampf wurde zum Kulturkampf erhoben, da es um die Rettung des Abendlandes und der deutschen Kultur zu gehen schien, die man durch „Klassenkampf“ und „jüdischen Bolschewismus“ der Sozialdemokraten bedroht glaubte.

Die freien Gewerkschafter in der Kammer gaben freilich nur wenig Anlaß zu solchen Untergangsprognosen – lediglich die Forderungen von Präsident Sieß nach Einführung der „Gemeinwirtschaft“ und seine bedeutende Rolle im Verkehrstreik von 1927 führten zu einiger Aufregung.

Nach dem Mandatsgleichgewicht von 1926 verstummten diese Angriffe, da die Vorarlberger Arbeiterkammer nicht mehr als „Objekt“ sozialdemokratischen Klassenkampfes bezeichnet werden konnte.

Das Wiedereinsetzen der Arbeitslosigkeit seit 1926 und vor allem die Folgen der Weltwirtschaftskrise nach 1929 führten in Vorarlberg zu einer parteipolitischen Verlagerung des Klassenkampfes. Während sich die sozialdemokratischen und christlich-sozialen Bestrebungen im sozialpolitischen Bereich immer mehr näherten, kam es zu einer Entfremdung der christlichsozialen Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern, die sich nur in wenigen Fällen der Heimwehr, aber verstärkt dem Nationalsozialismus zuwandten.

Die deflationistischen Sparprogramme der Regierungen, in erster Linie auf Kosten der Arbeitnehmerschaft, und vor allem die Enttäuschung vieler Vorarlberger über die Regierung Ender bewirkten 1930/31 in der christlichsozialen Arbeiterbewegung einen nie dagewesenen moralischen Tiefpunkt. Parallel dazu näherten sie sich den Sozialdemokraten, sodaß seit Herbst 1931 die beiden Gewerkschaften gemeinsam gegen die Unternehmerschaft zu agieren begannen. Ja sogar die kleine kommunistische Partei erhielt Gehör, der es am 2. Jänner 1932 gelang, einige Hunderte von Arbeitslosen zum Sturm auf das Landesregierungsgebäude zu ermuntern. Im Jahre 1933 gab es in Vorarlberg rund 13.000 Personen, welche kein geregelteres Einkommen mehr besaßen. Das war rund ein Drittel des Beschäftigtenstandes zu Zeiten der Vollbeschäftigung.

Die kritische Einstellung der christlichen Gewerkschaften zur heimischen Unternehmerschaft begann bereits vor dem Ersten Weltkrieg und wurde 1923 sehr intensiv durch den Vorarlberger Gewerkschaftssekretär Otto Troidl geführt, der im Ständestaat sogar in den Vorstand des Gewerkschaftsbundes aufsteigen sollte. Freilich sprach man in diesem Lager nicht vom Klassenkampf. Vielmehr tauchten 1926 in Arbeiterversammlungen die Thesen von der Zusammenarbeit der Stände in christlicher Solidarität auf. Es darf nicht übersehen werden, daß damals der Einfluß von Kirche und Klerus durch die personale und organisatorische Verquickung mit den Arbeiterverbänden ein großer war.

Die gemeinsame Front der „Klassengegner“ zeigte sich auch in der Arbeiterkammer, wo beide Gewerkschaften die Notstandsverordnungen und die Beschneidung der demokratischen Rechte der gesamten Arbeitnehmerschaft bekämpften. Die christliche Vorarlberger Arbeiterschaft stand auch in den ersten Monaten dem autoritären Regierungskurs Dollfuß' sehr skeptisch gegenüber, sodaß der sozialdemokratische Arbeiterkammersekretär Dr. Winter noch im Juli 1933 auf der 40. Kammervollversammlung an die Zusammenarbeit gegen die Abwehr der „sozialen Reaktion“ appellierte.

Die Ausschaltung des Parlaments im Jahre 1933 bedeutete für viele demokratisch gesinnte christliche Gewerkschafter ein Schockerlebnis, das man durch verschiedene Maßnahmen zu kompensieren oder zu verdrängen suchte. Diesem Zweck diente die begeisterte Aufnahme der Sozialzyklika Quadragesimo anno. Sie sollte die Klassengegensätze überwinden und die Solidarität der Arbeiterschaft herbeiführen. Auch die Vaterländische Front versuchte die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu gewinnen, indem sie soziale und patriotische Ziele in den Vordergrund stellte. In der Kammer verblieben die altbewährten christlichen Gewerkschafter, an der Spitze Christian Eyring.

Der Aufbau der zweiten Verwaltungskommission im Jahre 1937 verlief in Vorarlberg nicht nach dem ständischen paritätischen Grundprinzip, sondern nach der Stärke der einzelnen Berufsverbände.

Obwohl die neue Kammer- und Gewerkschaftsführung wiederholt Kritik laut werden ließ, war diese stets systemimmanent und stellte das Lehrgebäude des Ständestaates nicht in Frage. Nicht die Idee war schlecht, sondern deren Ausführende.

Die Hauptschuld am objektiven Versagen, oder in damaliger Sicht, am schleppenden Aufbau des ständischen Modells gab man in Vorarlberg der Unternehmerschaft, welche für den immer noch vorhandenen Klassenkampf verantwortlich gemacht wurde. Eine neuerliche Zuspitzung erfuhr die Lage nach endgültiger Überwindung der Weltwirtschaftskrise durch die sozialen Härten infolge der seit 1935 durchgeführten Betriebsrationalisierungen. Die Vaterländische Front scheute sich nicht, zum Schutz der in ihren Reihen stehenden Arbeiter, einzelnen Unternehmern sogar Lagerhaft anzu-drohen.

Wegen der Begeisterung für die Sozialenzyklika und nicht zum Heimwehfaschismus als Grundlage des autoritären Staates bestand in der Vorarlberger Arbeiterschaft eine klare Ablehnung des deutschen Nationalsozialismus.

Die materiellen Leistungen der Vorarlberger Arbeiterkammer waren aufgrund des bescheidenen Budgets – fast zur Gänze von den Umlagen getragen – gering. Dennoch versuchte sie, durch Unterstützungsaktionen die Arbeitslosigkeit zu mildern und finanzierte den Aufbau der ersten vier Kammerbibliotheken in den Städten des Landes. Von Bedeutung wurde die Kammertätigkeit durch ihre unzähligen Gutachten, Stellungnahmen und durch die Rechtshilfestelle. Sie konnte sich dabei auf drei Personen stützen: Neben Präsident Wilhelm Sieß war Kammersekretär Dr. Hermann Winter als profiliertes Jurist der einsame Fachmann im Sozialrecht. Dr. Franz Häfele und Josef Sutter lieferten als Statistiker das unentbehrliche Material für die sozialpolitische Argumentation.

Zahlreiche „Entschlüsse“ und „Resolutionen“, welche die Kammer in echtem demokratischem Eifer verfaßte und mit welchen sie vor allem die Bundesregierung zu beeinflussen versuchte, gingen von diesen Personen aus. Seit der Regierung Ender waren gute Beziehungen zu den Sozialministern Resch und Dobretsberger vorhanden. Dadurch konnten für die Vorarlberger Arbeiterschaft Vorteile erwirkt werden. Die beiden Kammerpräsidenten, der Sozialdemokrat Wilhelm Sieß (1921–1933) und der Christlichsoziale Christian Eyring (1934–1938) verfolgten trotz ihrer verschiedenen ideologischen Grundeinstellung in erster Linie das Wohl der Arbeitnehmer und trugen daher in den wirtschaftlichen Notzeiten wesentlich zur Erhaltung des sozialen Friedens bei. Da die Gewerkschafter Sieß, Linder und Kennerknecht im Landtag saßen, vertraten diese auch dort die Interessen der Arbeitnehmerschaft und stellten nützliche Verbindungen zur Kammer her.

Die Geschichte der Vorarlberger Arbeiterkammer und der Arbeitnehmerschaft in der Ersten Republik kann nicht losgelöst werden vom politischen Hintergrund der Entwicklung des 19. Jahrhunderts. Aus dieser Zeit stammt das starke soziale Engagement der Christlichsozialen und ihre Ablehnung gegenüber dem liberalen Unternehmertum, ferner die organisatorische wie personale Verflechtung zwischen Kirche, Klerus und Partei.

Der Erste Weltkrieg brachte dann in gewisser Hinsicht neue Entwicklungen und Konstellationen: Gerade die ersten Arbeiterkammerwahlen und der Mitgliederstand der freien Gewerkschaften hatten gezeigt, daß die Christlichsozialen nicht mehr die unangefochtene Kraft im Lande waren und daß neben der unbesiegteten Macht des Kapitals die neue Ideologie des Sozialismus kraftvoll heranwuchs. Die Christlichsozialen hatten es von nun an mit zwei Gegnern zu tun, wobei vorerst, zu Beginn der zwanziger Jahre, die Unternehmer das kleinere Übel zu sein schienen.

Mit dem Erstarben der Gewerkschaften und ihrer Vertretung in der Arbeiterkammer läßt sich innerhalb der christlichsozialen Arbeiterschaft – im Gegensatz zu früher – eine deutliche Zurückdrängung des Klerus feststellen. Die Not der permanenten Wirtschaftskrise machte immer mehr aus unversöhnlichen und unzugänglichen christlichsozialen Politikern soziale Pragmatiker, was auch den Vorarlberger Sozialdemokraten den Weg zur Mitte erleichterte.

Die politische und militärische Niederlage der Sozialdemokraten 1933/34 und die Errichtung des autoritären Ständestaates nach Prinzipien der päpstlichen Enzyklika Quadragesimo anno hat nur zu einer schwachen Renaissance der einstigen Macht der Kirche und der Christlichsozialen Partei im Land geführt. Selbst die traditionsreichen christlichen Arbeitervereine überlegten sich ernsthaft ihre Selbstaflösung. Die Bewältigung sozialer und patriotischer Fragen bewog die Vaterländische Front und deren Soziale Arbeitsgemeinschaft unter bewußter äußerer Ausschaltung christlicher Zielsetzungen, die Sozialdemokraten als Bündnispartner gegen den Nationalsozialismus zu gewinnen, was ihnen jedoch nur am Rande gelungen zu sein scheint.